

AUFSÄTZE

Stefanie Wodrig

Zwischen Herrschaft und Emanzipation: Regionale Interventionen im östlichen und südlichen Afrika

Wenn Nachbarn intervenieren, insistieren sie meist darauf, emanzipatorisch zu handeln. Zum einen verstehen sie die Intervention gemeinhin als Akt der Selbstbestimmung («African solutions to African problems»). Zum anderen beteuern sie, die Dynamiken vor Ort besser zu kennen. Angesichts der zunehmenden Relevanz regionaler Interventionen sollte dieser Anspruch auf Emanzipation ernst genommen und zugleich kritisch hinterfragt werden. Die jüngere Interventionsforschung bietet wichtige Anhaltspunkte: Interventionen sind politische Prozesse, in denen die beteiligten Akteure um ihre Ordnungsvorstellungen ringen und ihre Subjektivitäten neu definieren. Um Emanzipation in diesem Rahmen besser zu verstehen, bezieht sich der vorliegende Beitrag auf die Sozialtheorie Ernesto Laclaus. Am Beispiel von Burundi (1995-2009) und Simbabwe (2000-2013) wird sichtbar, dass regionale Interventionskräfte im östlichen und südlichen Afrika einerseits an der Annahme festhielten, dass sie den Wandel steuern und das Interventionsumfeld beherrschen können. Andererseits bezogen sie aber eine emanzipierte Position im Nord-Süd-Verhältnis. Der emanzipatorische Impetus der regionalen Interventionen in Burundi und Simbabwe richtet sich folglich vor allem auf globale Herrschaftsstrukturen.

Schlagnworte: Regionale Friedenspolitik, Emanzipation, Ernesto Laclau, Burundi, Simbabwe

1. Das Streben nach Emanzipation

Wenn Gewalt in der Nachbarschaft eskaliert und die »Wahrheit« ganz klar zu sein scheint, wird es immer schwerer, die Augen zu verschließen: *Wir müssen etwas tun!* So oder so ähnlich ging es 1995 ostafrikanischen Staats- und Regierungschefs, als ein vermeintlich »zweites Ruanda« in Burundi drohte. So oder so ähnlich ging es 2000 auch zusehends der Südafrikanischen Entwicklungsorganisation (*Southern African Development Community*, SADC), als der simbabwische Präsident Robert Mugabe die Errungenschaften des Befreiungskampfes zu verspielen drohte.

Angesichts der räumlichen Nähe schien moralische und politische Distanz bzw. »Wegschauen« nicht mehr möglich (Dlamini-Zuma/Salomão 2008; Mbeki 2008 a; Mkapa 1996 a). Was folgte, waren über ein Jahrzehnt andauernde Nachbarschafts-initiativen, Interventionen also, die in der einen oder anderen Form die Krisen in Burundi (1995-2009) und Simbabwe (2000-2013) begleiteten.¹

Die auf den afrikanischen Kontinent spezialisierte Regionalwissenschaft schenkt der »Afrikanisierung« bzw. Regionalisierung der Mediations- bzw., weiter gefasst, Interventionspolitik schon länger Aufmerksamkeit (Boulden 2003; Engel 2012; Tieku 2004; Williams 2006). Dabei tritt die sogenannte Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur mit der Afrikanischen Union (AU) als deren institutioneller Dreh- und Angelpunkt ins Zentrum der Betrachtungen. Viele dieser Studien begutachten die Effektivität des institutionalisierten Interventionsrepertoires und machen uns darauf aufmerksam, welche Widersprüche es in ihrer Anwendung gibt (Engel/Gomes Porto 2010; Hammerstad 2005; Maclean 1999; Schoeman/Muller 2009). Dabei wird seltener danach gefragt, wie sich die Interventionspraktiken auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Welt (Schlichte 2012: 149) sowie das eigene Selbstverständnis als Interventionskraft (Daxner/Neumann 2012; Wodrig 2014) auswirken.

Gleichzeitig scheint in letzten beiden Punkten gerade eine Neuerung dieser regional geführten Interventionen zu liegen.² Dem Selbstverständnis des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma zufolge haben regional geführte Interventionen viele Vorteile:

»Regional bodies are closer to the situation, are familiar with the issues and often understand the dynamics of a given conflict. Neighbouring countries also

- 1 Der Artikel ist ein Produkt meiner Dissertation »Discourses of Intervention: The Crisis in Burundi and Zimbabwe as Arenas of Regional Politics« am GIGA *German Institute of Global and Area Studies*. Eine frühere Version dieses Artikels habe ich auf der IB-Sektionstagung der DVPW in Magdeburg, 25. – 27. September 2014, vorgestellt. Den TeilnehmerInnen des Panels »Intersektionale Interventionsforschung« und insbesondere Kai Koddenbrock sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Zudem gilt mein Dank auch den drei GutachterInnen, der Redaktion der ZEFKo sowie Julia Grauvogel, Alexander Ebinger und André Bank.
- 2 Die räumliche Bezeichnung »regional« oder gar »Region« ist hier keinesfalls essenziell zu verstehen, d. h. das Wort verweist nicht auf einen klar definierbaren Raum. Vielmehr dient die Bezeichnung »regional« den hier analysierten Interventionskräften zur Selbstbeschreibung. Auch wenn die genaue Bedeutung variiert, wird der Begriff meist als Synonym für »Nachbarschaft«, »Ostafrika« bzw. »südliches Afrika«, teilweise auch für »Afrika« verwendet. Die Funktion des Regionalen bzw. der Region ist jedoch nicht Thema dieses Artikels, sondern wurde bereits anderswo zum Gegenstand gemacht (Wodrig 2014). An dieser Stelle ist jedoch noch anzumerken, dass »regional« meist in Abgrenzung zu »international« gedacht wird. Auch letzteres Wort ist offen für diverse Zuschreibungen wie »Globaler Norden«, »Geber«, »Vereinte Nationen« etc.

often bear the burdens and consequences of conflict in their neighbourhoods« (Zuma 2012).

Der südafrikanische Präsident argumentiert also, dass im Vergleich zu international geführten Interventionen die Nachbarschaft über größeres Kontextwissen verfügt und nicht einfach dem Krisenland den Rücken kehrt, wenn es schwierig wird. Dieses Argument wird auch in der Interventionsforschung diskutiert: Erst kürzlich wurde kritisiert, dass viele Organisationen, die der internationalen Gemeinschaft zugeordnet werden, thematische Expertise höher bewerten als Wissen über den Konfliktkontext, was sich wiederum kontraproduktiv auf die durch die Intervention ermöglichte Befriedung eines Krisenlandes auswirkt (Autesserre 2014). Laut dem daraus ableitbaren Appell sollte die sogenannte internationale Gemeinschaft in ihren Entscheidungsprozessen Kontextwissen stärker berücksichtigen. Auch wenn hiermit die Aufwertung von lokalen Sichtweisen gemeint ist, so beansprucht Präsident Zuma dieses scheinbar progressive Element für regional geführte Interventionen und suggeriert damit, dass regionale Initiativen emanzipatorisch seien. Mehrere Fragen drängen sich auf: Repräsentiert der von Präsident Zuma geäußerte Anspruch, emanzipatorisch zu handeln, eine hegemoniale Position, die von den meisten regionalen Interventionskräften geteilt wird, zumindest im Kontext der hier untersuchten Fälle Burundi und Simbabwe? Wovon wollen sich die regionalen Interventionskräfte emanzipieren? Wie wirkt sich dieses emanzipatorische Selbstbild auf die Interventionspraxis der regionalen Interventionskräfte aus?

Bevor diese Fragen beantwortet werden können, bedarf es zunächst eines theoretischen Vokabulars, das die Emanzipation regionaler Interventionen analytisch fassen kann. Eine Intervention wird inzwischen meist als eine Praxis verstanden, die einen politischen Raum schafft, in welchem internationale sowie regionale Interventionskräfte mit lokalen Parteien bzw. Gruppierungen um Deutungshoheiten und die Nachkriegsordnung ringen (Björkdahl/Höglund 2013; Chandler 2013; Distler/Riese 2013).³ Trotz der zunehmenden Betonung des Politischen einer Intervention wird den Interventionskräften oftmals eine allumfassende Gestaltungsmacht zugeschrieben. Laut diesem Argument wären die Interventionskräfte imstande, krisengeplagte Länder zu befrieden (kritisch: Sending 2011: 56-61). Folgerichtig scheint den Menschen vor Ort meist nur noch die Folgsamkeit oder der Widerstand

3 Diese Reflexion über (politische und militärische) Interventionen als politische Prozesse ist wichtig, da nur so vermieden werden kann, dass Interventionskräfte die mit dieser Praxis notwendigerweise verbundenen Aushandlungsprozesse zwischen externen und lokalen Subjekten in ihrer Planung übersehen (Distler/Riese 2013: 198) und die Intervention an den Sichtweisen der lokalen Parteien bzw. Gruppierungen vorbeigeht.

zu bleiben (Distler/Riese 2013; Neumann/Winckler 2013). In dieser dichotomen Verortung von Gestaltungsmacht als Mittel der Interventionskräfte und Folgsamkeit bzw. Widerstand als Mittel der krisengeplagten Länder kann der von Präsident Zuma artikulierte Emanzipationsanspruch nicht verstanden werden. Warum sollte sich eine mit Gestaltungsmacht ausgestattete Interventionskraft emanzipieren wollen? Von was? Es deutet sich also bereits an, dass diese Dichotomisierung nicht hilfreich ist und dementsprechend weder Herrschaft noch Emanzipation a priori einem bestimmten Träger zugeschrieben werden kann (Wodrig/Grauvogel 2015).

Da die Interventionsliteratur die Emanzipation der regionalen Interventionskräfte also bisher nicht analytisch fassen kann, ist es angebracht, die Sozialtheorie zu befragen. Hier bietet sich der Emanzipationsbegriff an, wie er von Ernesto Laclau (2007) entwickelt wurde. Das Streben nach Emanzipation setzt einen radikalen Bruch mit einer vorherigen Praxis voraus, um eine radikal andere und bessere Praxis etablieren zu können. Laclau weist uns darauf hin, dass dieser radikale Bruch letzten Endes nur eine notwendige Illusion bleibt: eine Illusion, weil das Neue immer auch Elemente des Alten reproduziert und der Bruch demnach nie vollständig bzw. radikal ist; notwendig, weil Wandel immer mit dieser Illusion einhergeht. Durch den von Laclau entwickelten Emanzipationsbegriff kann also die ambivalente Positionierung der regionalen Interventionskräfte sichtbar gemacht werden. Statt regionale Interventionen also als radikale Neuerung zu betrachten, analysiert dieser Beitrag regionale Friedensinitiativen am Beispiel von Burundi und Simbabwe als eine Praktik, in der sich Herrschaft und Emanzipation verschränken.⁴

Zum Aufbau des Beitrags: In einem ersten Schritt werde ich die Interventionsforschung dahingehend befragen, wie Interventionskräfte bisher konzipiert wurden; nämlich meist als Herrschaft ausübende Subjekte. Da regionale Akteure von dieser Literatur bisher wenig berücksichtigt wurden (für Ausnahmen vgl. Richmond et al. 2011; Wodrig 2014), ist folglich noch zu debattieren, ob und wie sich die regionalen Friedenskräfte von all jenen Regierungen und Organisationen unterscheiden, die gemeinhin als internationale Gemeinschaft bezeichnet werden. Die Sozialtheorie Laclaus kann helfen, die mit regionalen Friedenspraktiken verbundenen Logiken offenzulegen. In diesem Beitrag konzentriere ich mich dabei vor allem auf den Begriff der Emanzipation, der – wie bereits dargelegt – hilft, regionale Interventionen als *neu und alt* zu begreifen. In einem zweiten Schritt erläutere ich also den sozialtheoretischen Zugang. Als Ausschnitt einer umfangreicheren Diskursanalyse zu den regionalen Vermittlungsinitiativen in Burundi und Simbabwe zeige ich in einem

4 Entsprechend distanziert sich dieser Beitrag auch von der These, dass regionale Interventionen nur alter Wein in neuen Schläuchen seien (Mac Ginty 2008: 144).

dritten Schritt, wie sich ost- und südafrikanische Interventionskräfte durch ihre Interventionen von bestehenden globalen Herrschaftsstrukturen emanzipierten. Durch die Praxis des Intervenierens forderten sie das Interventionsmonopol des Globalen Nordens heraus. Zugleich aber behaupteten die ost- und südafrikanischen Interventionskräfte ihren Herrschaftsanspruch gegenüber dem jeweiligen Krisengebiet und reproduzierten somit die mit einer Intervention einhergehenden Herrschaftsstrukturen. Statt lokales Wissen als gleichberechtigt zu achten, verstanden die regionalen Interventionskräfte ihre Sichtweise als Wahrheit und werteten die Deutungen bestimmter lokaler Gruppierungen als falsch ab.

2. Herrschaft im Kontext von Interventionen

Interventionskräfte präsentieren sich zunehmend als unbeteiligte Dritte, die den Menschen vor Ort helfen wollen, statt eigene politische Rationalitäten zu verfolgen (Fassin/Pandolfi 2010: 12). Gegen diese Selbstvergewisserung als moralische Subjekte wenden sich viele Arbeiten, die der jüngeren Interventionsforschung zugeordnet werden können. Grundlegend ist zunächst anzumerken, dass der Verweis auf die Hilfs- und Schutzbedürftigkeit der Menschen im Krisengebiet nicht Indikator für die Abwesenheit von Herrschaftsausübung der Interventionskräfte ist (DSF 2011). Die Herrschaft der Interventionskräfte kann wie folgt präzisiert werden: Erstens führt die Hervorhebung der Hilfs- und Schutzbedürftigkeit der Menschen vor Ort zu einer Entpolitisierung der Intervention (Biermann 2014). Entgegen der Anfechtungsoffenheit politischer Rechtfertigungen entkräftet die Verpflichtung, andere zu schützen, alternative Handlungsmöglichkeiten (zum Beispiel nicht zu intervenieren). Auch der zu vermittelnde Frieden, also die externe Ordnungsvorstellung, wird selten offen kontrovers debattiert. Ein demokratisch legitimierter Staatsbildungsprozess ist, wenn nicht unumgänglich, so doch zumeist das Leitmotiv für eine ansonsten sehr heterogene »Interventionsgemeinschaft« (Chojnacki/Menzel 2011: 509; Paris 2011). Die extern vermittelte Nachkriegsordnung wird abseits der Öffentlichkeit implementiert. Meist begleiten, gestalten und kommentieren alleinig Fachpersonal und ExpertInnen die Politik, d. h. MitarbeiterInnen von internationalen Organisationen, von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, die gegenüber den Menschen im Krisengebiet bisher keine Rechenschaft ablegen müssen (Distler/Riese 2013: 199; Lemay-Hebert 2012: 474-476). Daher bestimmen auch betriebswirtschaftliche Aspekte wie »Effektivität«, »Meilensteine« und »Evaluation« die Interventionspolitik (Mac Ginty 2012: 295). Durch *lessons learnt* und eine Professionalisierung der Friedenskräfte, die oftmals von einem Krisengebiet zum nächsten weiterziehen, entsteht eine Standardisierung von Wissen über solche

Situationen. Dies führt dazu, dass kontextspezifisches Wissen über das und in dem Konfliktgebiet oftmals das Nachsehen hat (Mac Ginty 2012: 296-298). Die dominante Wissensordnung führt also dazu, dass insbesondere die »unprofessionelle« Politik und Gesellschaft des Krisenlandes den zu vermittelnden Frieden und dessen Implementierung nur zu einem geringen Maße mit gestalten kann. Im Umkehrschluss kann gefolgert werden, dass in einem solchen Interventionsumfeld die Berufsgruppe der Interventionskräfte die (legitime) Herrschaft ausübt.

Vor diesem Hintergrund verwundert es zweitens nicht, dass viele Interventionskräfte von einem linearen Steuerungsverständnis ausgehen. Demzufolge sind externe Akteure prinzipiell in der Lage, ihre Ordnungsvorstellungen im Krisengebiet zu implementieren und somit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel vor Ort zu steuern (kritisch: Chandler 2013: 17; Chojnacki/Menzel 2011: 525-529). Bei ausbleibendem Steuerungserfolg werden folgerichtig »Koordinationsprobleme« zwischen den Interventionskräften zitiert (Paris 2009), anstatt die Annahme zu hinterfragen, inwieweit Interventionskräfte den Krisenkontext überhaupt gestalten können.

»In these linear discourses, peacebuilding transformation was understood, in a highly voluntarist way, as an act of subjective will rather than a matter of social and economic transformation. It was thereby the task of international institutions and powerful Western states to remove the narrow ›interest‹ blockages of entrenched power elites, thus freeing the local agency of civil society, understood to be unproblematic« (Chandler 2013: 19).

Dieses lineare Steuerungsverständnis stabilisiert folglich den Eindruck, dass die Interventionskraft das Interventionsumfeld beherrschen könne.

Entgegen solchen apolitischen Konzeptionen von Interventionen wird zusehends das Politische des gesamten Interventionsumfeldes betont (siehe oben). Dementsprechend sollten Analysen die Interaktionen zwischen den Interventionskräften und der Politik sowie Gesellschaft vor Ort hervorheben (Barnett/Zürcher 2009; Sending 2011). Annika Björkdahl und Kristine Höglund (2013: 292) führen den Begriff der Reibung (*friction*) ein, um zu beschreiben, wie die Begegnung von Globalem und Lokalem auf beiden Seiten Ideen, Ordnungsvorstellungen, Handlungsmöglichkeiten und die eigene Subjektivität verändert. Mit dem Konzept der Reibung wird eben keine Aussage darüber getätigt, *wer* Herrschaft ausübt (nach gängiger Vorstellung meist die Interventionskräfte, seltener die nationalen Eliten) und *wer* folgsam ist bzw. Widerstand leistet (nach gängiger Vorstellung meist die lokalen, nicht-staatlichen Kräfte). Das Interventionsumfeld kann damit nicht länger als reibungsfrei und folglich prinzipiell kooperationswillig gedacht werden, sondern als

ein Ort der potenziellen Auseinandersetzungen (Kappler 2013: 352). Die entstehenden Konflikte sind nicht immer nur destruktiv, sondern sie tragen dazu bei, dass Akteursgruppen, wie zum Beispiel regionale Interventionskräfte, ihre eigene Position schärfen (Kappler 2013: 349-350). Statt also davon auszugehen, dass professionelle Friedenskräfte den Wandel im Krisenland steuern können und damit Herrschaft ausüben, hilft der Begriff der Reibung die an der Intervention beteiligten Subjekte neu zu denken. Die Interventionsliteratur bietet also durchaus Anknüpfungspunkte, um den von den regionalen Interventionskräften geäußerten Anspruch auf Emanzipation zu verstehen: Durch emanzipatorisches Handeln wird die eigene Subjektivität verändert. Gleichzeitig ist aber auch zu konstatieren, dass sich bisher nur wenige Studien explizit dem Wandel der Subjektivität während einer Intervention gewidmet haben (für Ausnahmen vgl. Daxner/Neumann 2012; Smirl 2008: 237; Wodrig 2014). Dementsprechend scheint es angebracht, sich die Lücken durch sozialtheoretische Arbeiten – wie sie unter anderem von Laclau formuliert wurden – zu erschließen.

3. Emanzipation und Subjekt

Bevor ich bespreche, wie Emanzipation analytisch gefasst werden kann, diskutiere ich kurz die Bedeutung semantischer Zugänge in der Interventionsforschung.

3.1 Theorie, Semantik und Interventionsforschung

Die Friedensforschung im Allgemeinen und die Interventionsforschung im Speziellen wollen typischerweise die Friedenspraxis positiv beeinflussen (Chojnacki/Menzel 2011: 507-508). Daher gibt es selten umfangreiche Reflexionen über die theoretische Brille der Interventionskritik. Entgegen diesem disziplinären Erbe haben Nicolas Lemay-Hébert, Nicholas Onuf und Vojin Rakic (2014: 1) kürzlich dafür plädiert, Interventionen auch als ein theoretisches Feld zu betrachten. Dies kann – ihrer Meinung nach – geschehen, indem WissenschaftlerInnen ihren Blick auf die Bedeutungszuschreibungen, die mit jener Praxis assoziiert werden, richten, da diese im Interventionsumfeld generell höchst umstritten sind. Solche Bedeutungskämpfe können an vielen Orten eines Interventionsumfeldes nachgezeichnet werden. Auch wenn Gewalt den TäterInnen und Opfern bestimmte Bedeutungen nahelegt, so können BeobachterInnen den Gewaltakt unterschiedlich interpretieren (Koloma Beck 2011). Im Fall von Burundi waren die externen BeobachterInnen zum Beispiel lange Zeit uneins, ob die Gewalteskalation auf einen ethnischen Antagonismus oder eine »Privatisierung« staatlicher Institutionen zurückzuführen ist (Ndikumana 1998) und wer dies zu verantworten hat. Während einige Deutungskämpfe offen ausgetragen

werden, entfalten sich andere mehr im Verborgenen. Obwohl die Interventionskräfte – aus einer Außenperspektive heraus – oftmals als widerspruchsfrei wahrgenommen werden (Kappler 2013: 353), divergieren die von ihnen propagierten Friedensordnungen stark (Heathershaw 2008). Mit anderen Worten, »peace« is an ambiguous term and can have enigmatic meanings« (Kühn 2012: 396). Die Anwesenheit von Deutungskämpfen im Interventionsumfeld legt einen semantischen Zugang nahe. Die von Laclau begründete Hegemonie- und Subjekttheorie kann dies leisten.

3.2 Gegenhegemoniale Subjektpositionen

Mit Laclau beschreibt eine Hegemonie stabile, d. h. verfestigte bzw. sedimentierte, Deutungsmuster (Laclau 1990: 33-36; Laclau/Mouffe 2001: 134-136). Aufgrund der prinzipiellen Deutungsoffenheit der Welt ist die Stabilisierung bzw. Hegemonialisierung von Deutungen der zentrale Modus der Politik (Laclau/Mouffe 2001: 193). Politische Herrschaft baut also auf hegemonialen Deutungen auf, die aber niemals unbegrenzt Gültigkeit erlangen können (Nonhoff 2007: 7). In einem hegemonialen Zustand erscheinen bestimmte Deutungen als »Wahrheiten« und, da oftmals die grundsätzliche Deutungsoffenheit der Welt nicht anerkannt wird, auch als »alternativlos« und »normal« (Laclau 1990: 34; Marchart 1998: 14; Nonhoff 2007: 11; Smith 1998 a 172). Mit Blick auf die vorangegangene Besprechung der Interventionsforschung kann angeführt werden, dass die Darstellung der Interventionskräfte als Herrschaft ausübende Subjekte lange Zeit als »normal« und damit als Abbildung der Wirklichkeit galt. Nun gibt es aber eine neuere Strömung in der Interventionsforschung, die einer solchen Darstellung widerspricht (Stichwort: Reibung). Es zeigt sich also bereits, dass die auf hegemoniale Deutungen gegründete Herrschaft instabil ist. Daher ist sowohl theoretisch als auch empirisch anzunehmen, dass es nicht so einfach ist, stabile Deutungen zu generieren (a). Insbesondere in Krisenkontexten konkurrieren teilweise inkompatible Interpretationen (Laclau 1990: 42-43). Wenn hegemoniale Bedeutungen generiert werden, haben diese nur eine bestimmte Reichweite, d. h. eine Hegemonie ist niemals allumfassend (b). So wird selten das gesamte Interventionsumfeld von einer bestimmten Deutung überzeugt sein. Eine Deutungshegemonie weist den Subjekten im Interventionsumfeld auch bestimmte Attribute bzw. Positionen zu (c).

a) Eine Hegemonie, d. h. eine Bedeutungsstabilisierung, kann niemals vollständig gelingen (Laclau 1990: 17). Schon allein deshalb nicht, weil sich hinter einem gemeinsamen Referenz- bzw. Identifikationspunkt (*leerer Signifikant*), welcher für eine Deutungshegemonie notwendig ist, oftmals heterogenere Perspektiven auf die Welt (*Differenz*) verbergen, die sich keineswegs der vermeintlich gemeinsamen

Homogenität (*Äquivalenz*) unterordnen (Laclau 2005: 139). Andere Perspektiven wiederum werden als offener Gegensatz zu dieser scheinbar hegemonialen Homogenität (*Antagonismus*) dargestellt (Butler/Laclau 1998; Laclau 1990: 21). Zum Beispiel scheint die »internationale Gemeinschaft« auf universell anerkannte Friedensstandards zu verweisen (Bliesemann de Guevara/Kühn 2011: 138) und wird folglich oft als Träger hegemonialer Ordnungsvorstellungen angesehen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass die anscheinende Friedenshegemonie der internationalen Gemeinschaft keinesfalls absolut ist. Zum einen verbergen sich dahinter sehr heterogene Vorstellungen über den zu vermittelnden Frieden (Heathershaw 2008). Zum anderen schließt der Begriff auch bestimmte Deutungen und deren Träger als »illegitim« aus (Bliesemann de Guevara/ Kühn 2011: 143-145).

Die unterschwellige Heterogenität einer Hegemonie sowie die partielle Ausklammerung bestimmter Perspektiven als illegitim sind Keimzellen für neue Deutungshegemonien, die natürlich selbst auch die gleichen Merkmale der oben erwähnten Heterogenität/Exklusion hinter einer vermeintlichen Homogenität/Universalität aufweisen (Laclau 2005: 139-141). Um einen neuen gemeinsamen Referenz- bzw. Identifikationspunkt zu etablieren, bedarf es typischerweise der Abgrenzung zu etwas Bestehendem (*Antagonismus*), also einer Gegenhegemonie (Laclau 2007: 1-4). Die Abgrenzung zu etwas Bestehendem ist aus Sicht der sich mit der Gegenhegemonie identifizierenden Subjekte meist ein emanzipatorischer Akt. Emanzipation kann folglich nur von einer bestimmten Position aus gedacht werden. Mit dem Aufkommen neuer, »emanzipatorischer« Deutungsmuster kommt es zu einem Deutungskampf. Wie weiter unten gezeigt wird, artikulieren die regionalen Kräfte ihre Intervention in Abgrenzung zur Politik der »internationalen Gemeinschaft«, von der sie sich nicht repräsentiert fühlen und von der sie sich emanzipieren wollen.

b) Deutungshegemonien, aber auch »emanzipatorische« Gegenmodelle, haben immer eine bestimmte räumliche wie temporale Reichweite. Deutungen werden meist nur in einem bestimmten, wenn auch unvollständig abgegrenzten Raum hegemonial (Glasze 2009; Smith 1998 b: 234-235). Zum Beispiel galt externe Staatsbildung lange Zeit als »alternativlos«. Dabei schienen vor allem viele MitarbeiterInnen relevanter Regierungen und internationaler Organisationen sowie sogenannte ExpertInnen diese Deutung zu teilen (Bliesemann de Guevara 2008: 350-351). Mit anderen Worten ist die Deutungshegemonie also in einem transnationalen Raum internationaler »FriedensstifterInnen« situiert, der jedoch nicht zeitlos bestehen bleibt, sondern kontinuierlich reproduziert werden muss (Butler 1998: 254); beispielsweise durch ExpertInnenstudien, die immer wieder aufs Neue bestätigen, dass Staatsbildung die *richtige* Maßnahme ist. Kritik kann die Kontingenz dieser

hegemonialen Deutung sichtbar machen und somit Alternativen zum hegemonialen Staatsbildungsparadigma aufzeigen; etwa indem sie die Relevanz von lokal geführten Friedensprozessen zeigt (Autesserre 2009). Dennoch ist zu beachten, dass Gegenhegemonien ebenfalls nicht zeit- und raumlos sind:

»Jede Subversion eines hegemonialen Raums hängt von den Ressourcen marginalisierter Räume ab, und die Verteidigung der Möglichkeiten, die durch Subversion eröffnet werden, hängt ihrerseits von der Konstruktion und Stärkung alternativer Räume ab« (Smith 1998 b: 234-235).

c) Hegemoniale und gegenhegemoniale Deutungsmuster weisen Subjekten auch bestimmte Positionen zu bzw. belegen sie mit Zuschreibungen. Hegemonie geht somit einher mit Subjektkonstruktion (Laclau/Mouffe 2001: 114-122; Smith 1998 b: 228). Diese Subjektivierung durch hegemoniale Deutungsmuster ist ambivalent, da sich das Subjekt einerseits dieser hegemonialen Deutungsstruktur unterwirft und autoritativ mit bestimmten Attributen belegt wird, es sich andererseits aber auch dadurch ermächtigt fühlen kann, als »legitimes« und »handlungsfähiges« Subjekt Deutungen zu modifizieren (Laclau 1990: 30). Die Verknüpfung mit der Hegemonietheorie hilft, das Subjekt nicht auf eine Subjektposition zu reduzieren, sondern es als fragmentiert zu betrachten, d. h. als ein Subjekt, das in unterschiedliche Deutungsräume eingebunden ist, die es teilweise mit in Konflikt stehenden Zuschreibungen belegen (Jørgensen/Phillips 2010: 41). Subjekte sind also immer vielfältig positioniert, ohne eine Position komplett auszufüllen (Smith 1998 b: 226) – auch wenn im Zustand der Hegemonie die eigene Position als klar erscheinen mag.

Dementsprechend kann einem Subjekt nie eindeutig eine hegemoniale oder gegenhegemoniale Position zugeschrieben werden. Dieser theoretischen Perspektive folgend ist *nicht* zu erwarten, dass regionale Interventionskräfte als klar emanzipierte Subjekte verortet werden können. Eine Gegenhegemonie wird aus heterogenen Elementen konstituiert (Stichwort: *Differenz*). Sie muss aber nicht notwendigerweise fortschrittlich sein oder gar alle emanzipatorischen Ideale mit einschließen (Smith 1998 b: 228). Aufbauend auf den hier angestellten Überlegungen werde ich im Folgenden untersuchen, mit welchen – teilweise inkompatiblen – Positionen sich regionale Subjekte während ihrer Friedensinterventionen in Burundi und Simbabwe identifizieren.

4. Emanzipation und Herrschaft im Kontext der regionalen Interventionen in Burundi und Simbabwe

Der Überbegriff »regionale Interventionskräfte« suggeriert eine Einheit, wo selten eine war. Im Fall von Burundi umfasst dieser Überbegriff meist all jene Staats- und Regierungschefs, die sich von 1995 bis 2009 der Regionalen Friedensinitiative für Burundi zuordneten. Der ad-hoc-Verbund, dessen wichtigste Mitglieder sich aus der tansanischen, ugandischen, südafrikanischen und ruandischen Regierung zusammensetzten, ernannte die jeweiligen Chefvermittler Julius Nyerere (1996-1999), Nelson Mandela (2000-2001), Jacob Zuma (2000-2005) und Charles Nqakula (2006-2009), um Gespräche zwischen den burundischen Konfliktparteien zu initiieren bzw. am Laufen zu halten. Die Regionale Friedensinitiative trug nicht nur die politische Verantwortung für die Friedensgespräche, sondern sanktionierte Burundi zudem von 1996 bis 1999.

Gemessen an dem regionalen Engagement in Burundi ist die »regionale Interventionsgemeinschaft« im Fall von Simbabwe viel heterogener. Von 2000 bis 2013 intervenierten sowohl die SADC als auch die südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki (2000-2009) und Jacob Zuma (2009-2013) in die simbabwische Krise. Weiterhin – und das ist der größte Unterschied zu der Zusammensetzung der regionalen Intervention in Burundi – wurde die Krise in Simbabwe zu einem politischen Thema in der Region und insbesondere in Südafrika selbst. Dementsprechend investierten diverse Oppositionsparteien wie die südafrikanische *Democratic Alliance* (DA) und zivilgesellschaftliche Organisationen viel Zeit und Mühe, ihre Deutungen über die Krise zu verbreiten und die Regierungspolitik zu beeinflussen.

Die nachfolgenden Abschnitte geben Teilergebnisse eines umfangreicheren Projekts über die sich wandelnde Subjektivität regionaler Interventionskräfte wieder. Im Laufe des Projekts habe ich annähernd 300 Dokumente von besagten in Burundi und Simbabwe aktiven Interventionskräften diskursanalytisch ausgewertet.⁵ Aufgrund der schieren Datenmenge und der Komplexität der jeweiligen Diskurse gibt dieser Beitrag vor allem exemplarisch Äußerungen wieder, die die Verschränkung von Emanzipation und Herrschaft verdeutlichen. Diese ambivalente Positionierung zwischen Emanzipations- und Herrschaftsanspruch zeigt sich diskursintern an der Forderung nach einem gleichberechtigten Nord-Süd-Verhältnis, der (Nichtbe-)

5 Der Dokumentenkörper umfasst Abschriften von damals gehaltenen Reden, Zeitungsinterviews insbesondere mit regionalen Staats- und Regierungschefs bzw. hochrangigen Regierungsmitgliedern, Berichte, z. B. von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parlamentsprotokolle und Communiqués (vorwiegend von SADC und der Regionalen Friedensinitiative).

Achtung lokaler Wissensbestände sowie der (Ab-)Wertung der Menschen im Krisengebiet.

4.1 Das Nord-Süd-Verhältnis

Als sich die Regionale Friedensinitiative 1995 mit dem Ziel der Befriedung Burundis zusammenschloss, schien dem »Globalen Norden« (vor allem den Vereinten Nationen, UN) noch das Interventionsmonopol zu obliegen. Die Aufgaben im Nord-Süd-Verhältnis schienen klar verteilt: Der Globale Norden übernahm die Friedens- und Entwicklungsinterventionen in die meist »unterentwickelten« und von Krisen geplagten Länder des »Globalen Südens« (Richmond 2005: 209). Zugespitzt ähnelten diese Interventionen einer »mission civilisatrice« (Paris 2002). Erst Ende der 1990er wurde lokale Eigenverantwortung (*ownership*) zunächst in der Entwicklungshilfe (Abrahamsen 2004: 1455), später auch in der Interventionspolitik zu einem Schlüsselbegriff (Mac Ginty/Richmond 2013). Lokale Eigenverantwortung funktioniert wie ein leerer Signifikant: Sowohl die heterogenen Interventionskräfte als auch die heterogene Politik und Gesellschaft des Krisenlandes verweisen auf den Begriff, assoziieren hiermit aber unterschiedliche, teils inkompatible Ziele. So kann lokale Eigenverantwortung sowohl die stärkere lokale Beteiligung an der Implementierung eines Friedensvertrages als auch die Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse im Kontext einer Intervention meinen (Donais 2009). Während meistens die Eigenverantwortung lokaler Kräfte gestärkt werden soll, wurde zeitgleich das Motiv »African solutions to African problems« vermehrt artikuliert und durch die AU sogar institutionalisiert. Mit diesem Motiv der regionalen Eigenverantwortung identifizieren sich auch die hier zu untersuchenden Interventionskräfte, die Burundi und Simbabwe als Beispiele für »African solutions to African problems« (Butiku 2004: 65) bzw. südafrikanische Lösungen für kontinentale Krisen (Schoeman/Alden 2003) ansahen. Insbesondere an diesen beiden Fällen zeigt sich, dass die Ausweitung von Eigenverantwortung im Sinne einer umfassenden Umwälzung der Herrschaftsverhältnisse im Kontext der Intervention Reibungen hervorruft. Durch die regionale Bedeutungsfüllung dieses Schlüsselbegriffs kann also der Anspruch nach Emanzipation erst verstanden werden.

Der Anspruch nach Emanzipation manifestiert sich vor allem in der regionalen Abgrenzung zur Interventionspolitik des Globalen Nordens. Sowohl die Regionale Friedensinitiative als auch die von SADC entsandten Mediatoren haben ihre Vermittlungsinitiativen in Burundi und Simbabwe gegenüber Maßnahmen des Globalen Nordens abgegrenzt. Mit Blick auf Burundi beklagte das regionale Mediatorenteam mit Julius Nyerere als Chefvermittler die »Tendenz der US- und EU-Sonder-

gesandten, den Friedensprozess kontrollieren zu wollen« (zitiert nach Khadiagala 2003: 234; meine Übersetzung [fortan m. Ü.]). Der ugandische Präsident und Vorsitzende der Regionalen Friedensinitiative Yoweri Museveni erachtete, in gewohnt panafrikanischem Duktus, die regional geführte Initiative als positive Ermutigung, »dass wir unsere eigenen Probleme ohne die Hilfe von Anderen lösen können« (ICG 2000: 19; m. Ü.). Im Hinblick auf Simbabwe argumentierte der damalige südafrikanische Präsident und SADC-Chefvermittler Thabo Mbeki: »Da US- und EU-Sanktionen nicht helfen, die simbabwische Krise zu lösen, wäre es besser, wenn der Rest der Welt die Region in ihrer Vermittlungsinitiative unterstützen würde« (Mbeki 2007; m. Ü.). Noch klarer formulierte es der damalige sambische Präsident Levy Mwanawasa, der ansonsten als Kritiker des simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe bekannt war und für einen härteren Kurs der SADC gegenüber Mugabe eintrat: »Die sambische Regierung lehnt jede direkte oder indirekte Beteiligung eines Nicht-SADC-Staates an der Lösungssuche in Simbabwe ab« (Mwanawasa 2007; m. Ü.).

Aufbauend auf der von Laclau formulierten Hegemonie- und Subjekttheorie lässt sich argumentieren, dass die hier zitierten regionalen Regierungschefs – im Fall von Julius Nyerere ein *Elder Statesman* – ihre jeweiligen Subjektpositionen als Interventionskräfte primär durch die Antagonisierung der Interventionspolitik des Globalen Nordens definierten, der sich in diesen eben zitierten Äußerungen als »ineffektiv« oder zumindest »nicht hilfreich« darstellt. Im Umkehrschluss erscheint die regionale Interventionspolitik »effektiver«. Gerade in der Klage von Julius Nyereres Vermittlerteam über die »Tendenz« der US- und EU-Sondergesandten, den Prozess zu kontrollieren, wird deutlich, dass die EU bzw. die USA diesen Gestaltungsanspruch eben nicht nur situativ artikuliert haben, sondern dass deren Verhalten gegenüber der Regionalen Friedensinitiative aus Sicht der regionalen Kräfte die Fortsetzung eines lange bestehenden Neoimperialismus sei (Nyerere 1996 a). Basierend auf der Selbstwahrnehmung der hier zitierten Personen kann die regionale Vermittlungsinitiative also auch als emanzipatorische Gegenhegemonie zu einem historisch gewachsenen Nord-Süd-Verhältnis angesehen werden.

Diese gemeinsame Antagonisierung der Interventionspolitik des Globalen Nordens verdeckte Differenzen und Heterogenitäten zwischen den regionalen Kräften. Zum Beispiel waren die südafrikanische und botswanische Regierung uneins, inwiefern die SADC Robert Mugabe und seine Regierungspartei stärker unter Druck setzen sollte (Skelemani 2009). Jenseits der Region war die Deutungsheterogenität jedoch kaum zu erkennen; vielmehr erschien »die Region« aus Sicht westlicher BeobachterInnen wie eine schützende Hand des Mugabe-Regimes (Alden 2010).

Es wäre allerdings verkürzt, die Subjektpositionen der regionalen Interventionskräfte als konstant gegenhegemonial zum vermeintlichen Herrschaftsanspruch des Globalen Nordens darzustellen. Theoretisch ist anzunehmen, dass gegenhegemoniale Räume reproduziert, d. h. verteidigt, werden müssen. Deswegen werden gegenhegemoniale Subjektpositionen auch leicht in den hegemonialen Diskurs eingliedert – eine Entwicklung, die sich auch in der ost- und südafrikanischen Interventionspolitik nachzeichnen lässt. Als die Regionale Friedensinitiative 1996 in Burundi zu vermitteln begann, waren regional geführte Interventionen noch eine Seltenheit. Dem Globalen Norden oblag gewissermaßen das Interventionsmonopol. Dementsprechend leitete der Gestaltungsanspruch der Regionalen Friedensinitiative eine Wende ein (für weitere Fälle siehe Boulden 2003). Schon bald erübrigte sich die radikale Abgrenzung zum Globalen Norden. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die Illusion eines radikalen Bruchs mit alten Praktiken eine notwendige Bedingung für das Streben nach Emanzipation ist. Stattdessen akzeptierte die Regionale Friedensinitiative zunehmend, dass ihre Beteiligung nicht die Umkehrung aller Herrschaftsverhältnisse im Kontext einer Intervention ist. Vielmehr trat die noch nicht institutionalisierte Aufgabenteilung zwischen internationalen und regionalen Kräften in den Vordergrund. Aus Sicht des damaligen tansanischen Präsidenten Benjamin Mkapa sollten die Geber den Friedensprozess finanziell unterstützen, ohne jedoch jene Finanzleistung als Anspruch zu verstehen, der Region vorzuschreiben, wie sie in Burundi zu intervenieren habe (Mkapa 1998 b). Ab dem burundischen Friedensvertrag im Jahr 2000 zeugen Foren wie das *Implementation Monitoring Committee*, in welchem neben den burundischen Konfliktparteien auch RepräsentantInnen der UN, AU und der Regionalen Friedensinitiative mitwirkten, von der Institutionalisierung einer Arbeitsteilung.⁶ Auf UN-Ebene erklärte der Bericht »A More Secure World« aus dem Jahr 2004 noch, dass die Zunahme regionalen Konfliktmanagements »die UN nicht von ihrer primären Verantwortung für Frieden und Sicherheit entheben« würde (High-level Panel on Threats, Challenges and Change 2004: 71; m. Ü.). Drei Jahre später, 2007, klang das UN-Verhältnis zu regionalen Initiativen bereits anders. Der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon versprach, dass die UN künftig verstärkt mit regionalen Partnern zusammenarbeiten werde (Ban 2007: 3). Die regional geführte Intervention in Burundi hat folglich dazu beigetragen, dass auf internationaler Ebene neue Subjekte als legitime Interventionskräfte anerkannt wurden.

6 Vgl hierzu Art. 3, Protokoll V des *Arusha Peace and Reconciliation Agreement for Burundi* unter <http://www.issafrica.org/AF/profiles/Burundi/arusha.pdf> (letzter Zugriff: 13.3.2015).

In Bezug auf Simbabwe waren die Fronten indes verhärteter. Mit Beginn der gewaltsamen Landreform, dem Erstarken der simbabwischen Oppositionspartei *Movement of Democratic Change* (MDC) und den ersten Vorwürfen der Wahlmanipulation durch die Regierungspartei *Zimbabwe African National Union-Patriotic Front* (ZANU-PF) im Jahr 2000 setzten die meisten Regierungen des Globalen Nordens auf die Abdankung des simbabwischen Präsidenten Mugabe – ein Ergebnis, das sie mit Sanktionen zu beschleunigen gedachten. Die meisten SADC-Regierungen hingegen identifizierten einen anderen Lösungsweg; konkret mahnten sie Vermittlungsgespräche zwischen der ZANU-PF und der MDC an (siehe nächster Abschnitt). Vermittlungsgespräche seien nicht durch Sanktionen zu erzwingen. Wiederholt grenzten sich die regionalen Interventionskräfte daher von der Sanktionspolitik des Globalen Nordens ab (SADC 2001; 2003; 2009). Sie bewerteten die Sanktionen als rassistisch (Zuma 2006 a) und imperialistisch (Kikwete 2007).⁷ Theoretisch verorteten sich die regionalen Kräfte gegen eine vermeintliche Deutungshegemonie des Globalen Nordens und speziell Großbritanniens, welches – aus Sicht einiger regionaler Protagonisten – die simbabwische Krise durch eine ausbleibende Finanzierung der Landreform selbst beschleunigt hatte (Zuma 2006 b). Anders als in Burundi hielten die SADC-Regierungen die gegenhegemonialen Subjektpositionen aufrecht, obwohl sich viele regionale Interventionskräfte für ein gemeinsames Vorgehen mit dem Globalen Norden aussprachen (Pahad 2007 a). Die divergierenden Deutungen blieben aber unüberbrückbar, eine Arbeitsteilung nur zu den eignen Bedingungen denkbar: »Die internationale Gemeinschaft sollte die SADC-Vermittlungsinitiative unterstützen« (Pahad 2007 b; m. Ü.; siehe auch Mbeiki 2007; Zuma 2010). Dementsprechend bleibt die Krise in Simbabwe nicht als eine Arena in Erinnerung, in der regionale und internationale Kräfte eine neue Arbeitsteilung ausgehandelt haben.

Trotz der Unterschiede zwischen den Fällen, insbesondere im Hinblick auf die Verstetigung der Arbeitsteilung im Nord-Süd-Verhältnis, ist zu erkennen, dass die gegenhegemoniale Artikulation der eigenen Subjektpositionen am Anfang dazu diente, die Region als einen eigenständigen und besser geeigneten Ort der Intervention zu denken und zu behaupten. Dementsprechend ist die Abgrenzung zum

7 Andere regionale Kräfte widersetzten sich jedoch auch diesem regionalen Deutungsschema. Zum Beispiel forderten der damalige botswanische Präsident Festus Mogae und der damalige südafrikanische Oppositionsführer Tony Leon die USA und die EU auf, der simbabwischen »Dürre der guten Regierungsführung« zu begegnen (Leon 2000; Mogae 2002). Der gleichen Logik folgend forderte zudem der botswanische Außenminister SADC dazu auf, Sanktionen gegen Mugabe und seine Partei ZANU-PF zu verhängen (Skelemani 2009).

Globalen Norden durchaus als eine emanzipatorische Politik zu verstehen, die globale Subjektzuschreibungen zu ändern gedachte.

4.2 Externes/internes Wissen

Herrschaft im Interventionsumfeld wird durch eine bestimmte Hierarchisierung von Wissen stabilisiert. Die Entpolitisierung und Professionalisierung der Intervention verleitet Interventionskräfte wie beispielsweise UN-MitarbeiterInnen dazu, ihre Sichtweise als Wahrheit zu begreifen. Als professionelle FriedensstifterInnen wüssten sie schließlich, was zu tun ist, um künftige Konflikte zu vermeiden – obwohl sie das Krisenland meist kaum kennen (siehe Abschnitt 2). Die eigene Expertise scheint folglich den in Konflikt geratenden lokalen Wissensbeständen überlegen zu sein. Die Menschen vor Ort befremdet diese Arroganz der internationalen FriedensstifterInnen oftmals, was wiederum dazu führt, dass sie extern vorgeschlagene Kompromisse und errichtete Institutionen nicht als die eigenen betrachten und damit Frieden nicht dauerhaft ist (Autesserre 2014). Auch das anfangs genannte Zuma-Zitat verleiht diesem Befremden Ausdruck. Obwohl Präsident Zuma den Vorteil regionaler Interventionen in ihrer Nähe zu und Vertrautheit mit lokalen Wissensbeständen sieht, lässt sich hier das Scheitern der Emanzipation am deutlichsten nachzeichnen.

Zunächst lässt sich vermerken, dass auch andere regionale Interventionskräfte erklärten, die lokalen Sichtweisen zu achten. In beiden Fällen verstanden sich die regionalen Interventionskräfte als Vermittler, die Gespräche zwischen den Konfliktparteien herstellen wollten, statt ihre eigenen Sichtweisen und Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Laut Julius Nyereres ehemaligem Sekretär entschied sich der Chefvermittler aufgrund der »Komplexität der Problemlage« für einen Ansatz, der den burundischen Konfliktparteien Raum ließ, ihre Sichtweisen zu ändern (Butiku 2004: 69-74). Der damalige SADC-Chefvermittler in Simbabwe, Thabo Mbeki, forderte ebenfalls, »den Menschen in Simbabwe genug Raum zu geben, um ihre eigenen Lösungen zu finden« (Mbeki 2008 b; m. Ü.). In beiden Fällen reproduzierten die Protagonisten der regionalen Intervention damit eben nicht das gängige Selbstbild von Interventionskräften; nämlich, dass sie mehr wüssten und ihre Ordnungsvorstellungen die richtigen seien.

Die Regionale Friedensinitiative für Burundi definierte ihr alternatives Selbstbild jedoch nicht explizit als gegenhegemonial und emanzipatorisch. Dies zeigt sich vor allem daran, dass Chefvermittler Nyerere seinen Zugang zum Interventionsumfeld nicht explizit zu einer bestehenden gängigen Praxis abgegrenzt hat. Dem von Laclau formulierten Emanzipationsbegriff folgend, ist dies aber ein notwendiges Merkmal

jedes emanzipativen Handelns: »Emancipation is not, in this sense, an act of *creation* but instead of liberation of something which precedes the liberating act« (Laclau 2007: 1; Hervorh. im Orig.). Dementsprechend muss benannt werden, wovon es sich zu emanzipieren gilt. Während der Intervention in Burundi wird folglich kein radikaler Bruch mit einer bestehenden Wissensordnung im Kontext von Interventionen formuliert. Bei genauerem Hinsehen wird zudem sichtbar, dass die Regionale Friedensinitiative die Subjektposition des Vermittlers durchaus nicht widerspruchsfrei ausfüllt. Im Laufe der von 1996 bis 2000 andauernden, teilweise ins Stocken geratenen Friedensverhandlungen forderte die Regionale Friedensinitiative und insbesondere Benjamin Mkapa (Nyereres Nachfolger im tansanischen Präsidentenamt), dass die burundische Nachkriegsordnung »demokratisch« verfasst sein müsse und »Sicherheit für alle« gewährleisten sollte (Mkapa 1996 b; Regionale Friedensinitiative 1996 a). Obwohl das regionale Verständnis von Demokratie oberflächlich blieb, verlieh die Regionale Friedensinitiative dieser Ordnungsvorstellung Nachdruck, indem sie umfassende Wirtschaftssanktionen erließ und diese Maßnahmen zu einem »kühnen Schritt zur Verteidigung von demokratischen Werten in der Region« erklärte (Mkapa 1996 c; m. Ü.; siehe auch Mkapa 1996 d; Nyerere 1996 b). Sie knüpfte die Aufhebung der Sanktionen an die Bereitschaft der burundischen Konfliktparteien, sich auf den regional geführten Friedensprozess einzulassen, da dies der einzige Weg sei, so das Argument, »Demokratie und Sicherheit für alle« zu etablieren (Regionale Friedensinitiative 1996 b; 1997 a; 1997 b; 1998). Obwohl dieses Vorgehen von den burundischen Konfliktparteien als Einmischung in interne Angelegenheiten verstanden wurde (Wodrig/Grauvogel 2015) und damit in einem klaren Widerspruch zu der eingangs artikulierten Achtung der lokalen Sichtweisen steht, behauptete der damalige tansanische Präsident Mkapa nach wie vor: »Tansania hätte keine eigenen Ziele in Burundi – außer Frieden, Sicherheit, Stabilität, Demokratie, Menschenrechte und die Würde des Einzelnen in der Region wiederherzustellen« (Mkapa 1996 a; m. Ü.). Dennoch steht der Erlass der Sanktionen und das Beharren auf einer regionalen Lösung – sprich einer regional für gut befundenen Ordnung – zumindest in einem Spannungsverhältnis zu der Subjektposition des Vermittlers. Dieses Spannungsverhältnis wird von den regionalen Interventionskräften jedoch nicht anerkannt.

Auch die südafrikanische Regierung präsentierte ihre Position nicht als emanzipatorisch, vielmehr wurde sie offen dafür kritisiert. Unter dem Stichwort *quiet diplomacy* beanstandeten insbesondere südafrikanische Oppositionsparteien und zivilgesellschaftliche Gruppen, dass die Regierung in Pretoria »keine klaren Ziele« in Simbabwe verfolge (Leon 2003; m. Ü.; siehe auch Vavi 2007). Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition bestritt folglich, dass die Achtung

aller lokalen Sichtweisen sinnvoll sei. Im Gegenteil: Durch die fehlende Artikulation klarer Ordnungsvorstellungen würde die südafrikanische Regierung Präsident Mugabe und seine Partei ZANU-PF decken (Südafrikanisches Parlament 2001: 96): »Durch das Schweigen billigen sie die abscheulichen Taten einer drakonischen Regierung, die ihre Bevölkerung nicht schützt« (Südafrikanisches Parlament 2007: 20; m. Ü.). Stattdessen sollte die südafrikanische Regierung, so der Gegenentwurf, klare Ordnungsvorstellungen formulieren und die ZANU-PF zwingen, Reformen einzuleiten bzw. nach den existierenden institutionellen Regeln zu spielen (Sachikonye 2005; Schoeman/Alden 2003). Um diese Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, sollte die südafrikanische Regierung »kluge« Sanktionen (Leon 2004) erlassen, Mugabe »eine Lektion erteilen« (Vavi 2007) oder ihn gar mit gewaltsamen Mitteln entmachten (Südafrikanisches Parlament 2007: 18). Dieser Gegenentwurf löste wiederum eine Gegenreaktion aus. Die südafrikanische Regierungspartei rechtfertigte ihre Position: »Simbabwe zu verurteilen, so wie es die Oppositionsparteien von uns verlangen, wird das Problem nicht lösen« (Südafrikanisches Parlament 2003: 159; m. Ü.). Gleichzeitig delegitimierte sie die oppositionelle Gegenposition, indem sie letztere mit der vom ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush betriebenen Politik des *regime change* verglich: »Wir werden nicht intervenieren und dann Simbabwe nach unserem Willen wieder aufbauen« (Mbeki 2002; m. Ü.). Das Beharren der südafrikanischen Regierung kann dennoch nicht als emanzipatorisch verstanden werden, da sie ihre (angebliche) Achtung für lokale Sichtweisen nicht von einer vorher bestehenden gängigen Praxis abgrenzte (siehe das bereits erwähnte Laclau-Zitat im selben Abschnitt).

Bei genauerer Betrachtung der regionalen Intervention in Simbabwe wird zudem sichtbar, dass sich auch Chefvermittler Mbeki nicht widerspruchsfrei mit der Subjektposition des Vermittlers identifiziert. Schon frühzeitig plädierte er dafür, dass die ZANU-PF und die MDC eine Regierung der Nationalen Einheit bilden, also die Macht teilen sollten (Mbeki 2003; Südafrikanische Kommunistische Partei 2004). Dieser Lösungsvorschlag widersprach der international, regional und national noch weit verbreiteten Vorstellung, dass die Krise nur durch einen klaren Wahlsieg der jeweilig favorisierten Partei beigelegt werden könne (Tsvangirai 2011: 428). Erst durch das gewaltsame Wahljahr 2008 wurde Thabo Mbekis Ordnungsvorstellung zumindest in der Region konsensfähig (COSATU 2008 b).⁸ Dieser regionale Konsens ermöglichte die Vermittlung eines Abkommens der Machtteilung. Die Koalition aus ZANU-PF und MDC hielt von 2009 bis 2013. Thabo Mbeki hat folglich

8 Siehe hierzu auch das *Memorandum to SADC Summit on Zimbabwe and Swaziland* unter <http://www.cosatu.org.za/show.php?ID=1518> (letzter Zugriff: 16.11.2013).

keinesfalls nur einen Gesprächszusammenhang hergestellt, sondern als Chefvermittler seine Ordnungsvorstellungen forciert.

Es bleibt festzuhalten, dass sich die Protagonisten der regionalen Intervention in beiden Fällen zunächst als Vermittler präsentierten. Die Nähe zu und Vertrautheit mit lokalen Sichtweisen suggeriert einen Bruch mit der eingangs beschriebenen Praxis, dass FriedensstifterInnen ihr Wissen als »professionell« und damit als überlegen betrachten. Durch die Analyse eines umfassenden Dokumentenkorpus ist aber auch sichtbar geworden, dass die regionalen Interventionskräfte als Gesamtheit sowie die Protagonisten im Speziellen dieses Selbstbild untergruben. Sowohl Julius Nyerere als auch Thabo Mbeki setzten die von ihnen für gut befundene Ordnungsvorstellung einer Machtteilung durch. Somit beanspruchten sie, das Interventionsumfeld und vor allem die Nachkriegsordnung zu gestalten bzw. im Kontext der Intervention Herrschaft auszuüben. Dieser Herrschaftsanspruch wird durch die Überzeugung der eigenen Überlegenheit stabilisiert, die sich am deutlichsten darin manifestiert, wie die regionalen Interventionskräfte das jeweilige Krisenland abwerten.

4.3 Abwertung des Krisenlandes

Es gibt zahlreiche Studien, die zeigen, wie Interventionskräfte das Krisenland, die dortigen Eliten, aber auch die Bevölkerung pathologisieren, als reaktionär abwerten oder gar als böse stigmatisieren (Chandler 2014: 442; Hughes/Pupavac 2005; Koddenbrock 2012; Wodrig 2014: 226-229). Es scheint, als diene diese Abwertung des Krisenlandes dazu, die eigene Intervention als notwendige Maßnahme der Disziplinierung gegen politische, soziale und ökonomische Fehlentwicklungen zu rechtfertigen (Richmond 2005: 221). Auch die ost- und südafrikanischen Interventionskräfte haben das jeweilige Krisenland als Projektionsfläche für die Legitimierung ihrer eigenen Politik und, man mag hinzufügen, zur Begründung ihrer eigenen Überlegenheit genutzt. So distanzierten sich die regionalen Interventionskräfte während der Dauer der regionalen Intervention von bestimmten Gruppierungen, die sie als »reaktionär«, »tyrannisch« oder schlicht »negativ« bewerteten. Im Fall von Burundi problematisierte die Regionale Friedensinitiative zunächst eine ethnisch definierte Minderheit, die Tutsis, als »Unterdrücker der Mehrheit«, der Hutus (Nyerere 1996 a). Folgerichtig wurde der Machtanspruch der Eliten, die diese Tutsi-Minderheit symbolisierten, als »reaktionär« verstanden. Die regionalen Interventionskräfte machten es sich dementsprechend zur Aufgabe, diese historisch gewachsene Machtkonstellation in Burundi zu ändern. Vor allem die tansanische und ugandische Regierung begriffen das burundische Regierungssystem als eine »Anomalie«

in der Region (Nyerere 1998). Die Intervention diene also dazu, die Fehlentwicklungen zu begründen. Gleichzeitig konnten die Interventionskräfte durch diese Problematisierung ihre eigene Subjektivität als fortschrittlich und überlegen begreifen (Wodrig 2014: 226-227).

Nach dem regional vermittelten Friedensvertrag im Jahr 2000, der die seit der burundischen Unabhängigkeit anhaltende »Unterdrückung« beenden sollte, bewerteten die regionalen Interventionskräfte die burundischen Konfliktparteien neu und beschuldigten stattdessen die bewaffneten (Hutu-)Gruppen der Fortsetzung der Krise, was wiederum erneute Maßnahmen der Regionalen Friedensinitiative zur Bekämpfung der »negativen Kräfte« rechtfertigte (Mandela 2000; Regionale Friedensinitiative 2003; Zuma 2003). Nach dem Wahlsieg der ehemaligen bewaffneten (Hutu-)Partei *Conseil National Pour la Défense de la Démocratie – Forces pour la Défense de la Démocratie* (CNDD-FDD) im Jahr 2005 und deren Konsolidierung durch eine zunehmend autoritäre Herrschaftsausübung (Vandeginste 2011) machte der damalige regionale Chefvermittler die burundische Regierung für die Fortdauer der Krise verantwortlich (Nqakula 2007), dieses Mal aber ohne neue Maßnahmen einzuleiten. Im Fall von Burundi wird also deutlich, dass die Abwertung bestimmter burundischer Gruppen dazu diene, die eigene Interventionspolitik zu definieren und bestimmte Maßnahmen, wie die Erlassung von Sanktionen gegen die »Unterdrücker« oder die »negativen Kräfte«, zu rechtfertigen.

Durch die Abgrenzungspolitik im Fall von Simbabwe wird vor allem der Antagonismus zwischen den regionalen Interventionskräften sichtbar. Besonders deutlich wird dies an der Bewertung der Figur Mugabes. Anfänglich war es vor allem die größte südafrikanische Oppositionspartei, die Robert Mugabe die »Hauptverantwortung für die politisch motivierte Gewalt und Unsicherheit in Simbabwe« gab (Leon 2000; m. Ü.); eine Einschätzung, die auch der Globale Norden teilte. Als abwertend sind aber vor allem spätere Äußerungen zu bewerten. Einer oppositionellen Beurteilung zufolge fallen die Leidenden Simbawwes »dem Zorn eines Tyrannen« zum Opfer (Südafrikanisches Parlament 2003: 201; m. Ü.). In dieser und vielen anderen Äußerungen wurde Robert Mugabe zu einem stereotypen Zerrbild eines afrikanischen Diktators, der sein Land zugrunde richtet. Die Krise wurde somit auf eine einzelne Person reduziert. Diese Problematisierung legte eine bestimmte Interventionspolitik nahe: Die Oppositionspartei forderte die südafrikanische Regierung auf, Präsident Mugabe endlich in die Schranken zu weisen oder vom Präsidentenamt zu entheben (vgl. den vorherigen Abschnitt). Hier zeigt sich erneut, wie eine solche Problematisierung auch eine bestimmte Politik rechtfertigen kann. In Südafrika wurde Robert Mugabe zwischen 2000 und 2006 vor allem von den Oppositionsparteien dämonisiert. Erst im Laufe der Eskalation 2007/2008 änderte sich

die innerstaatliche Konstellation in Südafrika. Mit Blick auf die zunehmende Gewalt und den offensichtlichen Wahlbetrug gab auch der Koalitionspartner des südafrikanischen *African National Congress* (ANC) seine differenzierte Positionierung auf und bezeichnete Mugabe als den »Despoten, der verzweifelt an der Macht hängt« (COSATU 2008 a; m. Ü.). Dementsprechend sollten die regionalen Interventionskräfte und speziell die SADC Präsident Mugabe zwingen, von der Macht abzutreten (z. B. COSATU 2008 a).

Dagegen waren die meisten SADC-Regierungen darauf bedacht, Robert Mugabe nicht zu deutlich zu kritisieren; bisweilen verteidigten sie ihn gar. Laut Chefvermittler Mbeki wies die oppositionelle Kritik an Präsident Mugabe Ähnlichkeiten zu gängigen Klischeebildern während der Apartheid auf:

»Schon vor Simbabwe Unabhängigkeit hat sich die weiße Minderheit in Südafrika in ihre Angst vor und ihren Hass gegen Mugabe hineingesteigert – so, wie sie auch den ANC als »terroristische und kommunistische Vereinigung« zu fürchten und hassen lernte« (Mbeki 2001; m. Ü.).

Die Problematisierung Robert Mugabes wäre folglich nur Ausdruck einer historisch gewachsenen, rassistischen Abgrenzung, die während der Apartheid das Regime legitimierte und nun die historische Schuld bzw. historisch gewachsene Ungleichheiten ausblende. Auch Thabo Mbekis Nachfolger im südafrikanischen Präsidentenamt wies die Dämonisierung Robert Mugabes als »rassistisch« zurück (Zuma 2006 a). Als 2007 die Gewalt in Simbabwe eskalierte, erklärten die Staats- und Regierungschefs der SADC sogar »ihre Solidarität mit der Regierung und den Menschen in Simbabwe« (SADC 2007; m. Ü.). Zudem wurde der SADC und insbesondere dem langjährigen Chefvermittler Mbeki vorgeworfen, sich distanziert gegenüber der MDC zu verhalten, deren Anliegen zu ignorieren und sie als Gesprächspartner zu meiden (z. B. Leon 2003). Anders als die regionale »Anti-Mugabe«-Koalition vermieden die SADC-Regierungen es jedoch, die MDC öffentlich zu pathologisieren (vgl. als Ausnahme Mbeki 2008 a). Erst nachdem die regionalen Interventionskräfte im September 2008 ein Machtteilungsarrangement zwischen ZANU-PF und MDC vermittelt hatten, konnten sich die regionalen Akteure zeitweise auf eine ähnliche Einschätzung einigen und Präsident Mugabe aufgrund seiner Blockade der im Machtteilungsabkommen vereinbarten Reformen kritisieren (Zuma 2010). Gerade der Widerstand gegen die Dämonisierung Robert Mugabes machte das Festhalten an einer Verhandlungslösung *mit Mugabe* möglich. Hieran zeigt sich jedoch auch, dass der »aufrichtige Respekt« für die Konfliktparteien, die der bekannte Diplomat Lakhdar Brahimi (2007) den Interventionskräften abforderte, keinesfalls immer nur »emanzipatorisch« wirkt. Im Fall von Simbabwe nutzten

Präsident Mugabe und seine Regierungspartei die dadurch entstandenen Räume, um die eigene Herrschaft zu konsolidieren (z. B. Raftopoulos 2013).

Die regionale Kontroverse um die Bewertung von Robert Mugabe sowie die mehrfachen regionalen Neubewertungen der burundischen Konfliktparteien verdeutlichen, dass die Problematisierung von Konfliktparteien im Krisenland keinesfalls auf der Hand liegt, sondern ein höchst politischer Prozess ist. Die Abwertung bestimmter Gruppen unterstreicht nicht nur die Überlegenheit der Interventionskräfte, sondern macht die Durchsetzung externen Wandels erst möglich. Gerade anhand der Haltung der SADC-Regierungen gegenüber Robert Mugabe zeigt sich, dass bei einer ausbleibenden Pathologisierung einer Konfliktpartei die Intervention ziel- und relativ folgenlos bleibt. Dementsprechend kommen die regionalen Interventionen, die hier zunächst theoretisch als gegenhegemoniale Bewegungen gegen eine zuvor gängige Interventionspraxis verstanden wurden, nicht ohne die Abgrenzung zu und vor allem die Abwertung von einer Gruppierung im Krisenland aus, um extern herbeigeführten Wandel überhaupt erst zu ermöglichen.

5. Die Ambivalenz regionaler Interventionen

Die von Laclau formulierte Hegemonie- und Subjekttheorie ermöglicht eine differenzierte Analyse der Positionierung regionaler Interventionskräfte. Regionale Interventionskräfte werden als ambivalente Figuren sichtbar, die weder lediglich vom Globalen Norden ermächtigte Hüter des liberalen Friedens noch Träger eines umfassenden emanzipatorischen Friedensprojekts sind. Anschließend an die pan-afrikanische Ideengeschichte gelten »afrikanische Lösungen« unter AU-Regierungen oftmals als Garant für einerseits afrikanische Selbstbestimmung und andererseits eine nachhaltigere Intervention, durch die kontextsensiblere und damit akzeptablere Veränderungen im Krisengebiet möglich werden (Mkapa 1998 a; Zuma 2012). Indem die Nachbarstaaten beanspruchen, größeres Kontextwissen als die internationale Gemeinschaft zu besitzen, integrieren sie einen inzwischen populären Kritikpunkt der Interventionsforschung; nämlich dass internationale FriedensstifterInnen oftmals wenig über den jeweiligen Kontext wissen, in welchem sie versuchen Frieden zu etablieren. Das wirkt sich wiederum kontraproduktiv auf die lokale Akzeptanz externer Lösungen aus. Vor diesem Hintergrund versprechen die beiden diskursiven Elemente, die mit »afrikanischen Lösungen« assoziiert werden, sowohl geronnene Nord-Süd-Ungleichheiten als auch kontraproduktive Interventionspraktiken zu überwinden.

Die Analyse hat deutlich gezeigt, dass die ost- und südafrikanischen Interventionskräfte in Bezug auf Burundi und Simbabwe dem gerade dargelegten Emanzi-

pationsanspruch nur teilweise gerecht werden können. Dies wird besonders deutlich in Bezug auf die regionale Hierarchisierung von Wissen und den regionalen Projektionen auf das Krisenland. Die regionalen Interventionskräfte waren eben nicht nur neutrale Vermittler zwischen den Konfliktparteien, sondern verfolgt – wenn auch vage definierte – eigene Ordnungsvorstellungen (»Demokratie«, »Machtteilung«), die sie teilweise mit Zwang, vor allem aber mit der Abwertung bestimmter Gruppierungen im Krisenland forcierten. Mit Letzterem rechtfertigten die regionalen Interventionskräfte ihre eigene politische und epistemische Vorherrschaft im Interventionsumfeld und damit auch die von ihnen identifizierten Ordnungsvorstellungen. Bewusst oder unbewusst hierarchisierten die regionalen Interventionskräfte damit Wissensbestände, wonach ihre regionalen Sichtweisen mehr Wert waren als das Wissen und die Deutungen vor Ort. Dementsprechend waren die regionalen Politiken gegenüber Burundi und Simbabwe eben nur weitere Instanzen, in welchen externe Interventionskräfte ihre herausgehobene Position im Interventionsumfeld behaupteten und lokale Sichtweisen übergangen haben.

Auch wenn die von den AU-Mitgliedsstaaten reklamierte lokale Sensibilität fraglich ist, so beanspruchten die Friedensprojekte der ost- und südafrikanischen Interventionskräfte eben doch eine größere afrikanische Selbstbestimmung. Mit der eigenen Friedenspolitik forderten die jeweiligen regionalen Akteure das Interventionsmonopol des Globalen Nordens heraus. Sie stellten der bisherigen Praxis der Abhängigkeit eine glaubwürdige Alternative gegenüber, die auch insoweit emanzipatorisch gewirkt hat, als in den meisten Fällen die internationale Gemeinschaft die AU als Partner anerkennt.⁹ Der emanzipatorische Impetus dieser regional geführten Interventionen richtet sich folglich vor allem auf globale Herrschaftsstrukturen statt auf einen nachhaltigeren Frieden für die Menschen im Krisenland.

Literatur

- Abrahamsen, Rita* 2004: The Power of Partnerships in Global Governance, in: *Third World Quarterly* 25: 8, 1453-1467.
- Alden, Chris* 2010: »A Pariah in our Midst«. Regional Organisations and the Problematic of Western-designated Pariah-Regimes. The Cases of SADC/Zimbabwe and ASEAN/Myanmar (London School of Economics-Working Paper Nr. 73), London.
- Autesserre, Séverine* 2009: Hobbes and the Congo. Frames, Local Violence, and International Intervention, in: *International Organization* 63: 2, 249-280.

9 Wobei dies nicht für den Libyen-Konflikt 2011 gilt (Waal 2013).

- Autesserre, Séverine* 2014: *Peaceland. Conflict Resolution and the Everyday Politics of International Intervention*, New York, NY.
- Ban, Ki-moon* 2007: Rede (Sitzungsprotokoll des UN-Sicherheitsrats Nr. S/PV. 5776), New York, NY.
- Barnett, Michael/Zürcher, Christoph* 2009: The Peacebuilder's Contract. How External Statebuilding Reinforces Weak Statehood, in: Paris, Roland/Sisk, Timothy D. (Hrsg.): *The Dilemma of Statebuilding. Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations*, Abingdon, 23-52.
- Biermann, Rafael* 2014: Legitimitätsprobleme humanitärer Intervention. Kontinuitätslinien zwischen Kosovo und Libyen, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 1, 6-42.
- Björkdahl, Annika/Höglund, Kristine* 2013: Precarious Peacebuilding. Friction in Global – Local Encounters, in: *Peacebuilding* 1: 3, 289-299.
- Bliesemann de Guevara, Berit* 2008: The State in Times of Statebuilding, in: *Civil Wars* 10: 4, 348-368.
- Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian P.* 2011: »The International Community Needs to Act«. Loose Use and Empty Signalling of a Hackneyed Concept, in: *International Peacekeeping* 18: 2, 135-151.
- Boulden, Jane* (Hrsg.) 2003: *Dealing with Conflict in Africa. The United Nations and Regional Organizations*, New York, NY.
- Brahimi, Lakhdar* 2007: State Building in Crisis and Post-Conflict Countries (7th Global Forum on Reinventing Government, 26.-29.6.2007), Wien.
- Butiku, Joseph W.* 2004: The Facilitation of the Burundi Peace Negotiations, in: Mpangala, Gaudens/Mwansasu, Bismarck U. (Hrsg.): *Beyond Conflict in Burundi*, Daressalam, 63-118.
- Butler, Judith* 1998: Weitere Reflexionen zu Hegemonie und Gender, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien, 254-257.
- Butler, Judith/Laclau, Ernesto* 1998: Gleichheiten und Differenzen. Eine Diskussion via E-Mail, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien, 238-253.
- Chandler, David* 2013: Peacebuilding and the Politics of Nonlinearity. Rethinking »Hidden« Agency and »Resistance«, in: *Peacebuilding* 1: 1, 17-32.
- Chandler, David* 2014: Beyond Good and Evil. Ethics in a World of Complexity, in: *International Politics* 51: 4, 441-457.
- Chojnacki, Sven/Menzel, Anne* 2011: Peacebuilding. Am Scheideweg – oder in der Sackgasse?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 52: 3, 504-536.

- COSATU – Congress of South African Trade Unions 2008 a: COSATU Mobilises against Illegal Zimbabwe Regime*, in: <http://www.cosatu.org.za/show.php?ID=1494>; 13.11.2013.
- COSATU – Congress of South African Trade Unions 2008 b: Free Elections and Democracy in Zimbabwe and Swaziland Now*, in: <http://www.cosatu.org.za/show.php?ID=1647>; 7.11.2013.
- Daxner, Michael/Neumann, Hannah 2012: Heimatdiskurs. Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern*, Bielefeld.
- Distler, Werner/Riese, Sarah 2013: Die andere Seite der Medaille. Intervention und Widerstand in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo*, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 2: 2, 177-208.
- Dlamini-Zuma, Nkosazana/Salomão, Tomaz 2008: Pressekonferenz*, in: <http://www.info.gov.za/speeches/2008/08081409451001.htm>; 26.2.2013.
- Donais, Timothy 2009: Empowerment or Imposition? Dilemmas of Local Ownership in Post-Conflict Peacebuilding Processes*, in: *Peace & Change* 34: 1, 3-26.
- DSF – Deutsche Stiftung Friedensforschung 2011: Interventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung? Herausforderungen und Dilemmata in Zeiten der Responsibility to Protect (Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF, 20.9.2011)*, Osnabrück.
- Engel, Ulf (Hrsg.) 2012: New Mediation Practices in African Conflicts*, Leipzig.
- Engel, Ulf/Gomes Porto, João (Hrsg.) 2010: Africa's New Peace and Security Architecture Promoting Norms, Institutionalizing Solutions*, Farnham.
- Fassin, Didier/Pandolfi, Mariella 2010: Introduction. Military and Humanitarian Government in the Age of Intervention*, in: dies. (Hrsg.): *Contemporary States of Emergency*, New York, NY, 9-25.
- Glasze, Georg 2009: Der Raumbegriff bei Laclau – auf dem Weg zu einem politischen Konzept von Räumen*, in: Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld, 213-218.
- Hammerstad, Anne 2005: Domestic Threats, Regional Solutions? The Challenge of Security Integration in Southern Africa*, in: *Review of International Studies* 31: 1, 69-87.
- Heathershaw, John 2008: Unpacking the Liberal Peace. The Dividing and Merging of Peacebuilding Discourses*, in: *Millennium* 36: 3, 597-621.
- High-level Panel on Threats, Challenges and Change 2004: A More Secure World. Our Shared Responsibility (UN-Report Nr. A/59/565)*, New York, NY.

- Hughes, Caroline/Pupavac, Vanessa* 2005: Framing Post-conflict Societies. International Pathologisation of Cambodia and the Post-Yugoslav States, in: *Third World Quarterly* 26: 6, 873-889.
- ICG – International Crisis Group* 2000: The Mandela Effect. Prospects for Peace in Burundi (ICG Central Africa Report Nr. 13), Bujumbura.
- Jørgensen, Marianne/Phillips, Louise* 2010: Discourse Analysis as Theory and Method, Los Angeles, CA.
- Kappler, Stefanie* 2013: Peacebuilding and Lines of Friction between Imagined Communities in Bosnia-Herzegovina and South Africa, in: *Peacebuilding* 1: 3, 349-364.
- Khadiagala, Gilbert* 2003: Burundi, in: Boulden, Jane (Hrsg.): *Dealing with Conflict in Africa. The United Nations and Regional Organizations*, New York, NY, 215-251.
- Kikwete, Jakaya* 2007: SADC Cannot Abandon Zimbabwe, in: *The New African*, 30.3.2007, 20-25.
- Koddenbrock, Kai* 2012: Recipes for Intervention. Western Policy Papers Imagine the Congo, in: *International Peacekeeping* 19: 5, 549-564.
- Koloma Beck, Teresa* 2011: The Eye of the Beholder. Violence as a Social Process, in: *International Journal of Conflict and Violence* 5: 2, 345-356.
- Kühn, Florian P.* 2012: The Peace Prefix. Ambiguities of the Word »Peace«, in: *International Peacekeeping* 19: 4, 396-409.
- Laclau, Ernesto* 1990: *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London.
- Laclau, Ernesto* 2005: *On Populist Reason*, London.
- Laclau, Ernesto* 2007: *Emancipation(s)*, 2. Auflage, London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal* 2001: *Hegemony and Socialist Strategy*, 2. Auflage, London.
- Lemay-Hebert, Nicholas* 2012: Coerced Transitions in Timor-Leste and Kosovo. Managing Competing Objectives of Institution-building and Local Empowerment, in: *Democratization* 19: 3, 465-485.
- Lemay-Hebert, Nicholas/Onuf, Nicholas/Rakic, Vojin* 2014: Introduction. Disputing Weberian Semantics, in: Lemay-Hebert, Nicholas/Onuf, Nicholas/Rakic, Vojin/Bojanic, Petar (Hrsg.): *Semantics of Statebuilding. Language, Meanings and Sovereignty*, Abingdon, 1-18.
- Leon, Tony* 2000: Human Rights without Borders, in: http://www.zimbabwesituation.com/tony_leon.html; 1.11.2013.
- Leon, Tony* 2003: Road Map to Democracy in Zimbabwe, in: <http://www.polity.org.za/article/leon-roadmap-to-democracy-in-zimbabwe-02122003-2003-12-02>; 11.11.2013.

- Leon, Tony* 2004: We Have Rights on Paper but not in Practice, in: <http://www.polity.org.za/article/leon-we-have-rights-on-paper-but-not-in-practice-21032004-2004-03-21>; 13.11.2013.
- Mac Ginty, Roger* 2008: Indigenous Peace-Making versus the Liberal Peace, in: *Cooperation & Conflict* 43: 2, 139-163.
- Mac Ginty, Roger* 2012: Routine Peace. Technocracy and Peacebuilding, in: *Cooperation & Conflict* 47: 3, 287-308.
- Mac Ginty, Roger/Richmond, Oliver P.* 2013: The Local Turn in Peace Building. A Critical Agenda for Peace, in: *Third World Quarterly* 34: 5, 763-783.
- Maclean, Sandra* 1999: Peacebuilding and the New Regionalism in Southern Africa, in: *Third World Quarterly* 20: 5, 943-956.
- Mandela, Nelson* 2000: The Situation in Burundi (Sitzungsprotokoll des UN-Sicherheitsrats Nr. S/PV.4201), New York, NY.
- Marchart, Oliver* 1998: Undarstellbarkeit und »ontologische Differenz«, in: ders. (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien, 7-22.
- Mbeki, Thabo* 2001: Clamour over Zimbabwe Reveals Continuing Racial Prejudice in South Africa (ANC Today 1: 9, 23.-29.3.2001) in: <http://www.anc.org.za/docs/anctoday/2001/at09.htm>; 6.9.2013.
- Mbeki, Thabo* 2002: Interview (Sunday Times, 8.10.2002), in: <http://www.thepresidency.gov.za/pebble.asp?relid=1923>; 27.2.2013.
- Mbeki, Thabo* 2003: Interview (SABC TV2, 16.2.2003), in: <http://www.thepresidency.gov.za/pebble.asp?relid=1911>; 26.2.2013.
- Mbeki, Thabo* 2007: Interview (Financial Times, 3.4.2007), in: <http://www.ft.com/cms/s/0/c5b97158-e12f-11db-bd73-000b5df10621.html#axzz3SZopbFGQ>; 14.11.2013.
- Mbeki, Thabo* 2008 a: Letter to Morgan Tsvangirai, in: <http://www.newzimbabwe.com/pages/mbeki247.19082.html>; 20.11.2013.
- Mbeki, Thabo* 2008 b: Interview (Al Jazeera, 8.5.2008), in: <http://www.thepresidency.gov.za/pebble.asp?relid=1863>; 28.11.2013.
- Mkapa, Benjamin W.* 1996 a: Rede (1. Gipfel der Regionalen Friedensinitiative, 25.6.1996), unv. Ms.
- Mkapa, Benjamin W.* 1996 b: Rede (OAU-Gipfel, 8.7.1996), unv. Ms.
- Mkapa, Benjamin W.* 1996 c: Rede (Staatsbesuch, 21.8.1996), unv. Ms.
- Mkapa, Benjamin W.* 1996 d: Rede (SADC-Gipfel, 24.8.1996), unv. Ms.
- Mkapa, Benjamin W.* 1998 a: Rede (Workshop zu Konfliktbeilegung in Afrika, 23.1.1998), unv. Ms.

- Mkapa, Benjamin W.* 1998 b: Rede (Besuch des UN-Generalsekretärs, 6.5.1998), unv. Ms.
- Mogae, Festus* 2002: Drought of Good Governance Is the Real Problem, in: African Business No. 281, 26.
- Mwanawasa, Levy* 2007: Rede, in: <http://maravi.blogspot.de/2007/03/levy-mwanawasa-dinner-speech.html>; 13.1.2014.
- Ndikumana, Léonce* 1998: Institutional Failure and Ethnic Conflicts in Burundi, in: African Studies Review 41: 1, 29-47.
- Neumann, Hannah/Winckler, Joel Gwyn* 2013: When Critique is Framed as Resistance. How the International Intervention in Liberia Fails to Integrate Alternative Concepts and Constructive Criticism, in: International Peacekeeping 20: 5, 618-635.
- Nonhoff, Martin* 2007: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum Politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 7-23.
- Nqakula, Charles* 2007: The Situation in Burundi (Sitzungsprotokoll des UN-Sicherheitsrats Nr. S/PV.5786), New York, NY.
- Nyerere, Julius K.* 1996 a: Interview, in: http://www.juliusnyerere.info/index.php/resources/j.k.nyereere_talks_with_charlayne_hunter-gault/; 10.11.2011.
- Nyerere, Julius K.* 1996 b: La Junte Burundaise Doit Négocier une Solution Politique (Le Monde, 28.8.1996), in: http://www.lemonde.fr/archives/article/1996/08/28/la-junte-burundaise-doit-negocier-une-solution-politique_3724160_1819218.html?xtmc=nyerere_junte_burundaise&xtr=4; 15.5.2013.
- Nyerere, Julius K.* 1998: Africa Today and Tomorrow, in: Review of African Political Economy, 25: 75, 149-152.
- Pahad, Aziz* 2007 a: Pressekonferenz, in: <http://www.dfa.gov.za/docs/speeches/2007/pahad0326.htm>; 27.11.2013.
- Pahad, Aziz* 2007 b: Pressekonferenz, in: <http://www.dfa.gov.za/docs/speeches/2007/paha0919.htm>; 20.11.2013.
- Paris, Roland* 2002: International Peacebuilding and the »Mission Civilisatrice«, in: Review of International Studies, 28: 4, 637-656.
- Paris, Roland* 2009: Understanding the »Coordination Problem« in Postwar Statebuilding, in: Paris, Roland/Sisk, Timothy D. (Hrsg.): The Dilemma of Statebuilding. Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations, Abingdon, 53-78.

- Paris, Roland* 2011: Alternatives to Liberal Peace?, in: Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratham, Meera (Hrsg.): A Liberal Peace? The Problems and Practices of Peacebuilding, London, 159-173.
- Raftopolous, Brian* 2013: The 2013 Elections in Zimbabwe. The End of an Era, in: Journal of Southern African Studies, 39: 4, 971-988.
- Regionale Friedensinitiative* 1996 a: Communiqué des 1. Gipfels, in: [http://reliefweb.int/report/burundi/press-communique-arusha-regional-summit-burundi; 22.2.2012](http://reliefweb.int/report/burundi/press-communique-arusha-regional-summit-burundi;22.2.2012).
- Regionale Friedensinitiative* 1996 b: Communiqué des 3. Gipfels, in: www.metafro.be/grandslacs/grandslacsdir300/0209.pdf; 25.5.2013.
- Regionale Friedensinitiative* 1997 a: Communiqué des 4. Gipfels, in: [http://reliefweb.int/node/30092; 22.2.2012](http://reliefweb.int/node/30092;22.2.2012).
- Regionale Friedensinitiative* 1997 b: Communiqué des 5. Gipfels, in: [http://reliefweb.int/node/32490; 20.3.2012](http://reliefweb.int/node/32490;20.3.2012).
- Regionale Friedensinitiative* 1998: Communiqué des 6. Gipfels, in: [http://reliefweb.int/node/36485; 10.7.2012](http://reliefweb.int/node/36485;10.7.2012).
- Regionale Friedensinitiative* 2003: Communiqué des 20. Gipfels (UN-Sicherheitsratdokument Nr. S/2003/1112), New York, NY.
- Richmond, Oliver P.* 2005: The Transformation of Peace, Basingstoke.
- Richmond, Oliver P./Björkdahl, Annika/Kappler, Stefanie* 2011: The Emerging EU Peacebuilding Framework. Confirming or Transcending Liberal Peacebuilding?, in: Cambridge Review of International Affairs 24: 3, 449-469.
- Sachikonye, Lloyd M.* 2005: South Africa's Quiet Diplomacy. The Case of Zimbabwe, in: Daniel, John/Southall, Roger/Lutchman, Jessica (Hrsg.): State of the Nation 2004-2005, Kapstadt, 569-585.
- SADC – Southern African Development Community* 2001: Communiqué des Simbabwe-Ausschuss, in: [http://www.gov.za/search97cgi/s97_cgi?action=View&VdkVgwKey=..%2Fdata%2Fspeech01%2F011213346p1003.txt&DocOffse; 11.2.2013](http://www.gov.za/search97cgi/s97_cgi?action=View&VdkVgwKey=..%2Fdata%2Fspeech01%2F011213346p1003.txt&DocOffse;11.2.2013).
- SADC – Southern African Development Community* 2003: Communiqué (SADC-Gipfel, 25-26.8.2003), Daressalam.
- SADC – Southern African Development Community* 2007: Communiqué (SADC-Gipfel, 28.-29.3.2007), Daressalam.
- SADC – Southern African Development Community* 2009: Communiqué (SADC-Gipfel, 7.-8.9.2009), Kinshasa.
- Schlichte, Klaus* 2012: Die Internationalen Beziehungen als Kirche, die Friedens- und Konfliktforschung als Sekte? Anmerkungen zur Disziplin, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19: 1, 143-154.

- Schoeman, Maxi/Alden, Chris* 2003: The Hegemon that Wasn't. South Africa's Foreign Policy towards Zimbabwe, in: *Strategic Review for Southern Africa* 25: 1, 1-28.
- Schoeman, Maxi/Muller, Marie* 2009: Southern African Development Community as Regional Peacekeeper. Myth or Reality?, in: *African Security* 2: 2-3, 175-192.
- Sending, Ole Jacob* 2011: The Effects of Peacebuilding. Sovereignty, Patronage and Power, in: Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratham, Meera (Hrsg.): *A Liberal Peace? The Problems and Practices of Peacebuilding*, London, 55-68.
- Skelemani, Phandu* 2009: Interview, in: <http://www.swradioafrica.com/pages/hot-seat021109.htm>; 21.11.2013.
- Smirl, Lisa* 2008: Building the Other, Constructing Ourselves. Spatial Dimensions of International Humanitarian Response, in: *International Political Sociology* 2: 3, 236-253.
- Smith, Anna Marie* 1998 a: Laclau and Mouffe. *The Radical Democracy Imaginary*, London.
- Smith, Anna Marie* 1998 b: Das Unbehagen der Hegemonie. Die Politischen Theorien von Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien, 225-237.
- Südafrikanische Kommunistische Partei* 2004: Zimbabwe. Let's Keep Focused, in: http://www.kubatana.net/html/archive/demgg/041103umsebenzi.asp?sector=ELEC&year=2004&range_start=1; 6.11.2013.
- Südafrikanisches Parlament* 2001: Sitzungsbericht (27.2.2001), Kapstadt.
- Südafrikanisches Parlament* 2003: Sitzungsbericht (25.3.2003), Kapstadt.
- Südafrikanisches Parlament* 2007: Sitzungsbericht (28.3.2007), Kapstadt.
- Tieku, Thomas K.* 2004: Explaining the Clash and Accommodation of Interests of Major Actors in the Creation of the African Union, in: *African Affairs* 103: 411, 249-267.
- Tsvangirai, Morgan* 2011: *At the Deep End*, London.
- Vandeginste, Stef* 2011: Power-sharing as a Fragile Safety Valve in Times of Electoral Turmoil. The Costs and Benefits of Burundi's 2010 Elections, in: *Journal of Modern African Studies* 49: 2, 315-115.
- Vavi, Zwelinzima* 2007: Interview (Financial Times, 12.12.2007), in: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/1cd-b93ee-7374-11dd-8a66-0000779fd18c.html#axzz3SZopbFGQ>; 19.11.2013.
- Waal, Alex de* 2013: African Roles in the Libyan Conflict of 2011, in: *International Affairs* 89: 2, 365-379.

- Williams, Paul D.* 2006: From Non-intervention to Non-indifference. The Origins and Development of the African Union's Security Culture, in: *African Affairs* 106: 423, 253-279.
- Wodrig, Stefanie* 2014: Crafting a Region While Intervening? Regional Discourses on Burundi, in: *Journal of Intervention and Statebuilding* 8: 2-3, 214-239.
- Wodrig, Stefanie/Grauvogel, Julia* 2015: Talking Past Each Other. Regional and Domestic Resistance in the Burundian Intervention Scene, unv. Ms.
- Zuma, Jacob* 2003: Rede, in: <http://www.polity.org.za/article/j-zuma-statement-to-un-security-council-on-burundi-peace-process-04122003-2003-12-04>; 21.3.2012.
- Zuma, Jacob* 2006 a: The West Is Bent Out of Shape (Der Spiegel, 20.12.2006), in: <http://www.spiegel.de/international/spiegel/spiegel-interview-with-anc-vice-president-jacob-zuma-the-west-is-bent-out-of-shape-a-455681.html>; 13.12.2013.
- Zuma, Jacob* 2006 b: I'm Not Mugabe, but I Have Sympathy for What He Has Done, Says Zuma (Daily Telegraph, 26.11.2006), in: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/1535225/Im-no-Mugabe-but-I-have-sympathy-for-what-he-has-done-says-Zuma.html>; 6.11.2013.
- Zuma, Jacob* 2010, Interview (Financial Times, 24.2.2010), in: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/88f57080-2166-11df-830e-00144feab49a.html#axzz3SZopbFGQ>; 14.11.2013.
- Zuma, Jacob* 2012: Rede (Sitzungsprotokoll des UN Sicherheitsrats Nr. S/PV. 6702), New York, NY, 2-4.

Die Autorin

Stefanie Wodrig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
E-Mail: wodrig@ips.uni-kiel.de